

als konservativ versteht. In den Jüdischen Gemeinden – und dieses Argument ist nun auch wieder zu hören – befürchtete man, sich nur allzusehr aufzusplittern und damit die eigenen Kräfte zu überschätzen. Dies verhinderte Neuerungen und führte zur Entfremdung manches Gemeindeglieds von der eigenen Gemeinde. Mancher wünschte sich seit langem in Deutschland eine offener geführte innerjüdische Debatte über solche Fragen. Befürworter der Entscheidung zugunsten einer Frau als Rabbinerin argumentieren denn auch damit, daß man bei der Teilnahme von Frauen am Gottesdienst z. T. vor dem Holocaust bereits weiter gewesen sei als heute. An diese Ansätze möchte man nun wieder anknüpfen.

Angesichts der Entwicklung im Judentum insgesamt können die Entscheidungen der beiden norddeutschen Jüdischen Gemeinden nicht überraschen. Sie waren in gewissem Sinn überfällig. Vor dem Hintergrund eines durch Zuzug aus Osteuropa zahlenmäßig erstarkenden jüdischen Lebens in Deutschland wird dies trotz aller Schwierigkeiten möglicherweise zu einer gewissen inneren Belebung beitragen. In jedem Fall wird man Zeit benötigen, um Veränderungen dieser Art zu verarbeiten. Auf die kommenden Beratungen sowohl der Rabbinerkonferenz als auch des Zentralrats der Juden in Deutschland darf man gespannt sein. nt

Bumerang

Fragwürdige Kampagne gegen vier österreichische Bischöfe

Noch ist es völlig ungewiß, wie die Bischöfe in Österreich auf das erstaunliche Ergebnis des Kirchenvolks-Beglehrens (vgl. HK, August 1995, 404 ff.) reagieren werden, da sind sie schon mit der nächsten (unangenehmen) Überraschung konfrontiert: In einem sogenannten „Outing“ bezichtigte der

Generalsekretär der Homosexuellen-Initiative Wien, *Kurt Krickler*, vier österreichische Bischöfe homosexueller Neigungen. Schon einige Zeit munkelte man, daß diese Gruppe eine derartige Attacke plane.

Die Begründung dafür erscheint einigermaßen wirr: Weil die Österreichische Volkspartei eine Eliminierung der Homosexuellen-Paragrafen bei der anstehenden Strafrechtsreform ablehnt, wolle man vier österreichische Bischöfe, und je einen Monat später prominente Politiker der ÖVP und der SPÖ als homosexuell „entlarven“. ÖVP-Klubobmann *Andreas Khol* dazu: „Wir lassen uns nicht erpressen. Von Herrn Krickler schon gar nicht.“

Daraufhin bezichtigte Kurt Krickler in einer Pressekonferenz die Bischöfe *Egon Kapellari* (Klagenfurt), *Klaus Küng* (Feldkirch) und *Christoph Schönborn* (derzeit noch Koadjutor, ab Mitte September nach dem Rücktritt von Kardinal *Groer* Erzbischof von Wien) sowie Weihbischof *Andreas Laun* (Salzburg) „homosexueller Neigungen“. Diese abgeschwächte Formulierung wählte Krickler offenbar, weil die Bischöfe schon vorher mit der sofortigen Klage gedroht hatten. Die vier Genannten machten ihre Ankündigung umgehend wahr: Sie wiesen die Anschuldigungen in aller Entschiedenheit zurück und reichten Klagen auf Unterlassung und Widerruf sowie auf einstweilige Verfügung ein. Diözesanbischof Kapellari erklärte, der Versuch, auf diese Art Bischöfe zu kompromittieren, sei eine Verletzung von Grundwerten, auf denen die demokratische Gesellschaft beruht.

Bemerkenswert ist, daß sich das öffentliche Echo auf diese dubiose Initiative als Bumerang für die homosexuelle Gruppe in Wien erwies: Fast alle Tageszeitungen und Wochenmagazine distanzieren sich von dieser Denunziation und äußerten ihre Sorge und Bestürzung über die Art und Weise, wie ohne nähere Anhaltspunkte oder gar Beweise Mitbürger fertiggemacht würden. Auch die meisten homosexuellen Gruppen kritisierten heftig den Vorstoß von Kurt Krick-

ler in Wien und stellten fest, es schade der Sache der Homosexuellen, wenn diese nun „homosexuelle Neigungen“ zur Grundlage öffentlicher Vorwürfe machen.

So erfreulich diese klare Reaktion der Öffentlichkeit für die betroffenen Bischöfe und für die ganze katholische Kirche in Österreich ist, es bleibt doch ein bitterer Nachgeschmack: Denn nach den turbulenten innerkirchlichen Ereignissen der letzten Monate könnte sich aufs neue der Eindruck verfestigen, die Bischöfe, die immer wieder als Vorkämpfer moralischer Prinzipien erlebt werden, nähmen es selbst „nicht ganz so genau“. Auf diese Weise könnte von dieser künstlich erzeugten Affäre da und dort manches hängenbleiben. In dem Zusammenhang sind die zu erwartenden Gerichtsverfahren alles andere als angenehm, da zu erwarten ist, daß die leidige Angelegenheit nun in einem fort in den Medien zur Sprache kommen wird. Eine andere Reaktion war den Bischöfen aber gar nicht möglich.

Die Affäre wirft jedenfalls ein bezeichnendes Schlaglicht auf die Trivialisierung und Skandalisierung der öffentlichen Vorgänge, die Österreich nun schon seit einiger Zeit heimsucht. Dieses Phänomen dürfte unter anderem mit der extremen Boulevardisierung der österreichischen Medienszene zusammenhängen, die schon vor Jahren eingesetzt hat und immer bedenklichere Ausmaße annimmt. cs

Gemeinschaft

Anglikaner und Lutheraner kommen sich näher

Bei ihrer Tagung Mitte Juli setzte die Generalsynode der Kirche von England ein wichtiges ökumenisches Signal. Mit überwältigender Mehrheit in allen drei „Häusern“ (Bischöfe, Klerus, Laien) billigte die Synode die „Porvoo-Erklärung“, eine anglikanisch-lutherische Vereinbarung, mit der die